

Susanne Lütz, Anja Menzel, Manuel Becker, Thomas Gehring,
Andreas Hasenclever, Mathies Kempken, Andrea Liese,
Maike Messerschmidt und Hubert Zimmermann

Internationale Institutionen - Typen, Theorien und Fallbeispiele

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können. Die FernUniversität bedient sich im Falle der Kenntnis von Urheberrechtsverletzungen sowohl zivil- als auch strafrechtlicher Instrumente, um ihre Rechte geltend zu machen.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis	VI
Tabellenverzeichnis.....	VII
Vorwort	8
Vorstellung der Autorinnen und Autoren	9
1 Einleitung.....	12
1.1. Definitionen und Typen internationaler Institutionen.....	14
1.2. Die Beiträge dieses Kurses.....	16
1.3. Literaturverzeichnis.....	18
2 Theorieperspektiven	21
2.1 Einleitung: Theorien internationaler Institutionen	21
2.2 Realistische IB-Theorien.....	23
2.3 Rationalistischer Institutionalismus.....	27
2.4 Soziologischer Institutionalismus	32
2.5 Historischer Institutionalismus	38
2.6 Schlussfolgerungen.....	42
2.7 Literaturverzeichnis.....	44
3 Zwischenstaatliche Verhandlungen.....	51
3.1 Einleitung.....	51
3.2 Theorien und Analyseperspektiven internationaler Verhandlungen	54
3.2.1 Phasen internationaler Verhandlungen.....	54
3.2.2 Rationalistische Analyse internationaler Verhandlungen.....	55
3.2.3 Liberal-institutionalistische Analyse internationaler ökonomischer Verhandlungen.....	59
3.3 Fallstudie 1: Sicherheit	60
3.3.1 Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Libyen.....	60
3.3.2 Diplomatischer Verhandlungsprozess im Libyen-Konflikt.....	62
3.3.3 Die Strategien der beteiligten Akteure	65
3.3.4 Weshalb scheitern alle Versuche, eine Waffenruhe in Libyen zu erreichen?	67
3.4 Fallstudie 2: Wirtschaft	68
3.4.1 Die Verhandlungen über die Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation	68
3.4.2 Europäische Außenhandelspolitik und die Verhandlungen um Chinas WTO-Beitritt	72

3.4.3	Amerikanische Außenhandelspolitik und die Verhandlungen um die Aufnahme Chinas in die WTO.....	76
3.4.4	Vergleich der Verhandlungsführung der EU und der USA	83
3.5	Schlussfolgerungen	85
3.6	Literaturverzeichnis.....	87
4	Internationale Regime und Rüstungskontrolle.....	91
4.1	Einleitung.....	91
4.2	Internationale Regime im Politikfeld Rüstungskontrolle	93
4.2.1	Definition von internationalen Regimen	93
4.2.2	Politikfeld Rüstungskontrolle	94
4.3	Regime der humanitären Rüstungskontrolle	99
4.3.1	Ottawa-Konvention zum Verbot von Antipersonenminen.....	100
4.3.2	Waffenhandelsvertrag.....	104
4.4	Rationalistischer Institutionalismus	107
4.4.1	Perspektive	107
4.4.2	Ottawa-Konvention.....	112
4.4.3	Waffenhandelsvertrag.....	116
4.5	Feministische Theorien, Genderforschung und Rüstungskontrollregime	120
4.5.1	Perspektive	120
4.5.2	Genderkonstruktionen und die Entstehung von Regimen	123
4.5.3	Blinde Flecken des Regimes	124
4.5.4	Die Ottawa-Konvention.....	126
4.5.5	Der Waffenhandelsvertrag.....	133
4.6	Fazit.....	140
4.7	Literaturverzeichnis.....	143
5	Regimekomplexe	154
5.1	Einleitung.....	154
5.2	Regimekomplex als Konzept	155
5.3	Entstehung von Regimekomplexen	157
5.3.1	Nichtintendierte Entstehung von Regimekomplexen.....	157
5.3.2	Intendierte Entstehung von Regimekomplexen.....	159
5.4	Effekte von Regimekomplexen	167
5.4.1	Akteursebene	167
5.4.2	Systemebene	170

5.4.3	Management von Regimekomplexen und Anreize zu institutionellen Anpassungen.....	174
5.5	Fazit.....	176
5.6	Literaturverzeichnis.....	177
6	Transnationales Regieren	183
6.1	Einleitung.....	183
6.2	Theorieperspektiven.....	186
6.3	Politikfelder Wohlfahrt und Umwelt	187
6.3.1	Wohlfahrt.....	187
6.3.2	Forstwirtschaft.....	192
6.4	Politikfeld Finanzen.....	197
6.4.1	Geldwäschebekämpfung.....	197
6.4.2	Internationale Rechnungslegung.....	203
6.5	Schlussfolgerungen.....	210
6.6	Literaturverzeichnis.....	213

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1: Gradueller Wandel.....	41
Abbildung 3.1: Stellvertreterkriege (englisch: Proxy Wars).....	62
Abbildung 3.2: Grundprinzipien und Funktionen der WTO	69
Abbildung 3.3: Grundbegriffe der internationalen Handelspolitik.....	71
Abbildung 3.4: Entscheidungsfindung der EU bei internationalen Handelsgesprächen bis zum Vertrag von Lissabon	73
Abbildung 3.5: Institutionelle Mechanismen amerikanischer Verhandlungen in der Außenhandelspolitik	78
Abbildung 4.1: Weltweite Rüstungsausgaben (1988-2020)	96
Abbildung 4.2: Kommerzielle Waffenverkäufe und staatliche Rüstungsexporte (2002-2021) ...	97
Abbildung 4.3: Artikel 1 der Ottawa-Konvention.....	103
Abbildung 4.4: Nicht-Mitglieder der Ottawa-Konvention (Stand: 2022).....	104
Abbildung 4.5: Internationale Unterstützung für Minenräumung (2011-2020)	115
Abbildung 4.6: Hegemoniale Männlichkeit nach Raewyn Connell	123
Abbildung 4.7: Gender Mainstreaming in Minenräumung und -nachsorge.....	131
Abbildung 4.8: Artikel 7 des Arms Trade Treaty: "Export and Export Assessment"	133
Abbildung 4.9: Gender-Based Violence (GBV)	135
Abbildung 4.10: Positive Aspekte von Waffen und Waffenhandel laut der ATT-Präambel	137

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3.1: Chicken Dilemma	57
Tabelle 3.2: Chronologie des Bürgerkriegs in Libyen	61
Tabelle 3.3: Schlüsseldaten zum WTO-Beitritt Chinas.....	70
Tabelle 3.4: Chinas Anteil am Welthandel (1990–2016).....	84
Tabelle 4.1: Beitritt der 15 größten Rüstungsexporteure zum Waffenhandelsvertrag (2010-2021)	107

Vorwort

Institutionen spielen eine zentrale Rolle bei der Herstellung von Kooperation und Konfliktregelung in der internationalen Politik. Sie beschränken oder ermöglichen bestimmte Verhaltensweisen und tragen zur Stabilisierung von Kooperation bei. Auch und vielleicht gerade in Zeiten zunehmender Spannungen und teils kriegerischer Konflikte können Institutionen zur Bearbeitung grenzüberschreitender Probleme beitragen. Der Umgang mit dem Klimawandel, die Gewährleistung politischer und militärischer Sicherheit, die Formulierung sozialer Standards für grenzüberschreitenden Handel und Produktionsprozesse setzen kollektive Abstimmungsprozesse zwischen Staaten, der Zivilgesellschaft, Verbänden, Unternehmen oder auch Expert*innen voraus.

In diesem Studienbrief beschäftigen wir uns weniger mit einzelnen Organisationen, sondern mit verschiedenen Formen institutioneller Arrangements, in denen Staaten teils miteinander, teils mit anderen Akteuren grenzüberschreitende Probleme bearbeiten. Betrachtet werden zwischenstaatliche Verhandlungen, Regime, Regimekomplexe und Formen transnationalen Regierens, bei denen öffentliche und private Akteure bei der Formulierung und Implementierung von Regeln kooperieren. Master-Studierende der Politikwissenschaft sollen mit dem Phänomen internationaler Institutionen konzeptionell, theoretisch und empirisch vertraut gemacht werden. Sie erhalten Einblick in die Entstehung und Funktionsweise unterschiedlicher Typen internationaler Institutionen anhand von Fallbeispielen aus den Politikfeldern Sicherheit, Wirtschaft, Handel, Umwelt und Wohlfahrt. Zudem erhalten sie einen Überblick über unterschiedliche Theorieperspektiven und deren Anwendung auf Fragen der Entstehung, Funktionsweise und auch den Wandel institutioneller Arrangements.

Unser Dank gilt den Autorinnen und Autoren dieses Studienbriefes. Manuel Becker, Thomas Gehring, Andreas Hasenclever, Mathies Kempken, Andrea Liese, Maike Messerschmidt und Hubert Zimmermann sind Expert*innen in ihren Themenfeldern und haben sich in ihren Forschungen und auch der Universitätslehre mit dem Studium internationaler Institutionen beschäftigt. Bei der Umsetzung dieses Projektes haben uns zudem zahlreiche helfende Hände unterstützt: Natán Azabal Pereira, Jan-Torge Daus, Ole Merkel, Florian Plath und Daniel Zabel haben in unterschiedlichen Stadien des Schreibprozesses Daten recherchiert und aufbereitet, Texte redigiert, editorisch aufbereitet und formatiert. Auch ihnen gilt unser herzlicher Dank.

Hagen, im August 2022

Susanne Lütz und Anja Menzel

Lehrgebiet Internationale Politik

Vorstellung der Autorinnen und Autoren

Manuel Becker arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Sein Studium der Politikwissenschaft und Soziologie absolvierte er in Würzburg und Bamberg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf internationalen Institutionen, privater Regulierung, Regimekomplexen und Fragen der internationalen politischen Ökonomie. In seiner Dissertation beschäftigte er sich mit den Mechanismen der Konfliktentwicklung zwischen öffentlichen und privaten Regulierungsorganisationen in Regimekomplexen.

Thomas Gehring ist Professor für internationale Politik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Er war Gastwissenschaftler an der Universität Konstanz und Jean-Monnet Fellow am Europäischen Hochschulinstitut Florenz. Zuvor arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität. Thomas Gehring hat an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft und Islamwissenschaft studiert und dort 1992 mit einer Arbeit über internationale Umweltregime promoviert. Er wurde 1998 an der FU Berlin mit einer Arbeit über die Europäische Union als internationale Organisation habilitiert. Die Forschungsschwerpunkte von Herrn Gehring liegen auf den Gebieten der Institutionentheorie sowie der Formen, Funktionen und Folgen internationaler Institutionen einschließlich der Europäischen Union. In jüngerer Zeit hat er sich mit dem Weltsicherheitsrat, mit Fragen der Institutionenkomplexe und der Interdependenzbeziehungen zwischen internationalen Institutionen sowie mit den Quellen der Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen und der Europäischen Union als eigenständige Akteure in der internationalen Politik befasst.

Andreas Hasenclever ist seit September 2004 Professor für Friedens- und Konfliktforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Von 2000 bis 2004 arbeitete er als Projektleiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt. Andreas Hasenclever studierte Politikwissenschaft und katholische Theologie an Universitäten in Tübingen, München und Paris. 2000 wurde er in Tübingen mit einer Arbeit zur „Macht der Moral in den internationalen Beziehungen. Eine Analyse der militärischen Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien“ promoviert. Die Arbeit wurde von Volker Rittberger betreut und erhielt den Helmuth-James-von-Moltke-Preis 2003 der Deutschen Gesellschaft für Wehrrecht und Humanitäres Völkerrecht. Zu den Forschungsschwerpunkten von Andreas Hasenclever zählen die Rolle von Religionen in bewaffneten Konflikten, Vertrauen in den internationalen Beziehungen, Analyse internationale Institutionen und der Demokratischer Friede.

Mathies Kempken ist seit dem Jahr 2017 Promotionsstudent am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an der Universität Potsdam. Seine Dissertation befasst sich mit der Verbreitung von Managementkonzepten zwischen internationalen Organisationen. Er studierte Politikwissenschaft im Bachelor und Soziologie im Master an der Universität Bielefeld. Zu seinen weiteren Forschungsinteressen gehören internationale Organisationen, insbesondere die Rolle von Expertenautorität in internationalen Bürokratien und Theorien der Weltgesellschaft.

Andrea Liese ist Professorin für Internationale Beziehungen an der Universität Potsdam. Sie studierte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main Politikwissenschaft, Rechtswissenschaften, Soziologie und Germanistik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und schloss ihr Studium als Diplom-Politologin ab. Promoviert wurde sie 2001 an der Universität Bremen mit einer Arbeit über internationale Menschenrechtsregime. Danach war sie Wissenschaftliche Assistentin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und Juniorprofessorin für Internationale Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2006 erhielt sie ein John F. Kennedy-Gedächtnis-Stipendium für einen zehnmonatigen Forschungsaufenthalt am Center for European Studies der Harvard University. Sie ist Autorin zahlreicher Aufsätze zur Rolle von internationalen Organisationen und ihren Bürokratien, zu nichtstaatlichen Akteuren, Institutionen und Normen in den internationalen Beziehungen. Ihre aktuelle Forschung befasst sich mit der Autorität, Expertise und Neutralität internationaler Organisationen und mit Normkollisionen in der internationalen Politik.

Susanne Lütz ist seit Oktober 2017 Leiterin des Lehrgebietes für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft an der FernUniversität in Hagen. Von 2008 und 2017 war sie Professorin für Internationale Politische Ökonomie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Von 2003 bis 2008 leitete sie das Lehrgebiet für Politische Regulierung und Steuerung an der FernUniversität in Hagen. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin war sie am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln beschäftigt und forschte am Minda de Gunzburg Center for European Studies der Harvard University, als Robert Bosch Fellow am American Institute for Contemporary European Studies der Johns Hopkins University in Washington, DC. und als Erasmus-Mundus Exchange Fellow am National Centre for Research in Europe (NCRE) an der University of Canterbury, Christchurch, Neuseeland. Susanne Lütz studierte Sozialwissenschaft, Geschichte und Volkswirtschaft an der Universität Duisburg-Essen und promovierte im Rahmen des an der Universität zu Köln angesiedelten Graduiertenkollegs der Volkswagenstiftung „Soziale Netzwerke“. 2001 habilitierte sie im Fach Politikwissenschaft an der FernUniversität in Hagen. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen internationale Organisationen, insbesondere im Bereich Wirtschaft und Finanzen, die europäische Wirtschafts- und Finanzintegration, transnationale Finanzbeziehungen und speziell Finanzmarktmarktregulierung.

Anja Menzel ist seit 2019 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrgebiet Internationale Politik der FernUniversität in Hagen tätig. Sie studierte Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft und Erwachsenenbildung an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, bevor sie 2019 an der Universität Greifswald mit einer Arbeit über zwischenstaatliche Kooperation zur Bekämpfung maritimer Piraterie promovierte. Zu ihren Forschungsinteressen zählen Regimekomplexität, die politische Regulierung von Ozeanen, nachhaltige Meerespolitik sowie Entwicklungsfinanzierung.

Maïke Messerschmidt ist seit 2016 Promovendin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Seit 2019 ist sie zusätzlich in einem von der DFG geförderten Forschungsprojekt zur Transformation gewaltzentrierter Männlichkeiten nach bewaffneten Konflikten beschäftigt. Sie studierte Politikwissenschaft und Germanistik in Tübingen und schloss daran ihr Master-Studium zu Friedensforschung und Internationaler Politik, ebenfalls in Tübingen, an. Von 2014 bis 2016 war sie bei der Konrad-Adenauer-Stiftung Uganda und Südsudan als Programmbeauftragte tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich feministischer Perspektiven auf Gewalt, Krieg und Frieden sowie auf Männlichkeiten während und nach bewaffneten Konflikten. In ihrem

Dissertationsprojekt beschäftigt sie sich mit Sicherheitssektorreformen im Kontext von Militarisierung und wie diese mit Gender- und anderen Machtbeziehungen interagieren.

Hubert Zimmermann ist Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. Er promovierte am Europäischen Hochschulinstitut, Florenz, und lehrte in Bochum, Düsseldorf sowie an der Cornell University (USA). Seine Forschungsschwerpunkte sind die internationale Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der EU, die globale Finanzpolitik, sowie die deutsche und amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik. Zu seinen Veröffentlichungen zählen „Money and Security“ (Cambridge UP 2002), „Drachenzähmung. Die EU und die USA im Prozess der Integration Chinas in das Welthandelssystem“ (Nomos 2007), und „Key Controversies in European Integration“ (3. Auflage, Palgrave 2020), sowie zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften und Sammelbänden.

1 Einleitung

Anja Menzel und Susanne Lütz

Internationale Institutionen regeln individuelles oder kollektives Handeln auf vielfältige Weise. Sie enthalten Vorschriften, erlegen Beschränkungen auf, setzen Anreize und tragen dazu bei, die wechselseitigen Erwartungen ihrer Mitglieder zu stabilisieren. Auch und vielleicht gerade in Zeiten zunehmender zwischenstaatlicher Rivalitäten und teils kriegerischer Konflikte können internationale Institutionen einen Beitrag zur Bearbeitung grenzüberschreitender Probleme leisten. Die Beilegung gewaltsamer Auseinandersetzungen, der Umgang mit dem Klimawandel, die Sicherstellung der Energie- und Lebensmittelversorgung und nicht zuletzt die Setzung von Standards für den grenzüberschreitenden Handel und Kapitalverkehr beinhalten kollektive Abstimmungsprozesse zwischen Staaten und unterschiedlichsten Gruppen privater Akteure.

Typen institutioneller Arrangements

In diesem Studienbrief stellen wir unterschiedliche Typen institutioneller Arrangements der Kooperation und Konfliktregelung in der internationalen Politik vor. Die Autorinnen und Autoren behandeln die Entstehung, Funktionsweise oder auch den Wandel internationaler Institutionen aus einem theoriegeleiteten Blickwinkel. Wir befassen uns mit vier Typen institutioneller Arrangements, die eine gewisse Bandbreite internationaler Institutionen abdecken und hinsichtlich der Zahl und Art der an ihnen beteiligten Akteure sowie der Formalität ihrer Regeln variieren. Zudem unterscheiden sie sich darin, inwieweit sie die Handlungsfähigkeit ihrer Mitglieder einschränken.

Verhandlungen sind eher wenig formalisiert, können bi- oder multilateral strukturiert sein und zielen auf den Austausch von Argumenten und den Ausgleich unterschiedlicher Interessen. *Regime* umfassen in aller Regel eine größere Zahl von Akteuren, sind vergleichsweise stärker formalisiert und schränken dadurch die Handlungsfähigkeit ihrer Mitglieder bis zu einem gewissen Grad ein. *Regimekomplexe* setzen sich aus partiell überlappenden Regimen und Institutionen zusammen, welche eine Vielzahl staatlicher oder privater Akteure umfassen können. Inwieweit sie die Handlungsfähigkeit ihrer Mitglieder einschränken, hängt nicht zuletzt davon ab, ob und in welchem Umfang die in ihnen geltenden Normen und Regeln kollidieren. Formen des *transnationalen Regierens* umfassen fallweise stärker formalisierte Regelungsstrukturen, in denen öffentliche und private Akteure die Verantwortung für die Problembearbeitung teilen.

Perspektiven auf internationale Institutionen

Als Forschungsgegenstand in den Internationalen Beziehungen rückten internationalen Institutionen nach dem Zweiten Weltkrieg in den Fokus wissenschaftlicher Betrachtung. Der Schwerpunkt dieser frühen Analysen lag auf den Aufgaben und Tätigkeiten formaler Organisationen in der internationalen Politik (Niemeyer 1952, Cox 1969). Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges wurden Entscheidungsstrukturen innerhalb formaler Organisationen, insbesondere der Vereinten Nationen, beleuchtet (Hovet 1963, Russett 1966), aber auch Mechanismen regionaler Integration diskutiert (Haas 1961). In den 1970er Jahren verlagerte sich das Erkenntnisinteresse jedoch weg von den Aufgaben formalisierter Organisationen hin zu internationalen Regimen - Regeln, Normen und Verfahren, die außenpolitisches Verhalten beeinflussen können (Young 1980, Krasner 1982) - und wendete sich der breiteren

Erklärung institutionalisierter Kooperation, insbesondere im Bereich der internationalen politischen Ökonomie, zu (Keohane/Nye 1973, Keohane 1984). Zugrunde liegt diesen Beiträgen der funktionalistische Gedanke, dass in einer von Interdependenzen geprägten Welt Kooperation im gemeinsamen Interesse von rational agierenden Staaten sei und diese Kooperation durch Institutionalisierung abgesichert werden könne. Internationale Institutionen nehmen aus dieser rational-institutionalistischen Perspektive eine einflussreiche Rolle in der internationalen Politik ein.

Parallel zum Aufschwung der institutionalistischen Perspektive formierte sich deren Kritik (Strange 1982). Kooperationskritische, dem Realismus zuzuordnende Beiträge postulierten, dass internationale Institutionen einzig die Interessen mächtiger Staaten widerspiegeln und sie damit keinen Einfluss auf staatliches Verhalten nehmen könnten (Waltz 1979, Grieco 1988). Während sich die Debatte zwischen realistischen und institutionalistischen Ansätzen bis in die 1990er Jahre hinein fortsetzte (Mearsheimer 1994-1995), entstand gleichzeitig ein Literaturstrang, der die rationalen Annahmen beider Ansätze kritisiert: Konstruktivistische Perspektiven betonten die soziale Umwelt internationaler Politik (Wendt 1992) und argumentierten, dass internationale Institutionen durch die in ihnen manifestierten Werte und Normen eigene Autorität besäßen und somit die Interessen und Identitäten von Staaten beeinflussen könnten (Finnemore/Sikkink 1998). Sozialkonstruktivistische Ansätze lenkten den Blick zudem auf die Rolle nichtstaatlicher Akteure in der internationalen Politik, wie Nichtregierungsorganisationen (Brunnengräber 1997) oder Expertennetzwerke (Haas 1992) und schrieben diesen grundlegende Einflussmöglichkeiten zu.

Der Beitrag speziell privater Akteure zur Bearbeitung internationaler Probleme wurde in den 1990er Jahren zum Fokus der „Governance-Debatte“ (Held/McGrew 2002, Benz et al. 2007, Rosenau 2008). Globalisierung, Deregulierung und Liberalisierung rückten neue Probleme wie die Regelung zunehmend entgrenzter Märkte, aber auch ihrer Folgeprobleme wie Umweltverschmutzung, die Einhaltung von Menschenrechten in grenzüberschreitenden Produktionsketten oder auch die Bekämpfung internationaler Kriminalität in den Blickpunkt der Betrachtung. Die Fähigkeit von Nationalstaaten zur Problembearbeitung erschien bereits aufgrund des grenzüberschreitenden Charakters neuer Probleme begrenzt. Die Kooperation mit anderen Staaten und mit privaten Akteuren in horizontalen und politikfeldspezifischen Strukturen erschien als Antwort auf die mangelnde territoriale Reichweite nationalstaatlicher Politik und die wachsende Komplexität der Probleme funktional. Governance-Studien widmeten sich der Entstehung und Funktionsweise transnationalen Regierens und beleuchteten die Effektivität und Legitimität dieser Strukturen.

In jüngerer Zeit differenzierte sich die Literatur, die sich mit Phänomenen internationalen Regierens durch internationale Institutionen befasst, immer weiter aus. Von Interesse für die Forschung sind in einer zunehmend komplexen institutionellen Landschaft beispielsweise interinstitutionelle Beziehungen und deren Effekte (Gehring/Oberthür 2009). Zudem verstehen Forscher*innen internationale Institutionen zunehmend als autonome Bürokratien und erklären deren strukturellen Wandel bzw. institutionelle Pathologien durch Argumente der Pfadabhängigkeit (Conceição-Heldt et al. 2015, Hanrieder 2015). Der kurze Überblick über die vielfältigen Perspektiven zeigt: Internationale Institutionen sind ein relevantes und interessantes Untersuchungsobjekt für Studierende der Politikwissenschaft und insbesondere der Internationalen Beziehungen.

Fokus dieses Kurses

Der vorliegende Kurs beschäftigt sich mit kollektiven Arrangements, in denen Akteure der internationalen Politik miteinander kooperieren, um grenzüberschreitende Probleme zu lösen. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Lehrbüchern, die sich deziert mit der Rolle internationaler Organisationen in der Weltpolitik beschäftigen (z.B. Rittberger/Zangl 2013, Davies/Woodward 2014, Park 2018, Lütz/Menzel 2022), ist der thematische Fokus dieses Kurses bewusst breiter angelegt. Internationale Organisationen sind für uns als Teil institutioneller Arrangements relevant, im Mittelpunkt stehen jedoch die Kooperationsmodi dieser Arrangements. Hierbei interessiert uns besonders, wie institutionalisierte Arrangements zustande kommen, welche Normen damit gesetzt, verbreitet oder übernommen werden, ob es zu Normkollisionen zwischen verschiedenen Arrangements kommt und wie sich die Arrangements im Laufe der Zeit verändern. Dabei nehmen wir keine spezifische theoretische Perspektive ein, sondern beleuchten institutionelle Arrangements aus einer Vielzahl theoretischer Zugänge. Die Tatsache, dass wir dem Studium internationaler Institutionen einen ganzen Kurs widmen, zeigt jedoch auch, dass wir im Gegensatz zu sehr kooperationskritischen (realistischen) Ansätzen grundsätzlich davon ausgehen, dass internationale Institutionen einen gewissen Einfluss auf das Verhalten relevanter Akteure in der internationalen Politik ausüben. Welchen Mechanismen dieser Einfluss unterliegt, wollen wir mithilfe des vorliegenden Studienbriefs konzeptionell und empirisch beleuchten.

Ziele und Inhalte dieses Kurses

Das Ziel dieses Studienbriefes ist es, Studierende der Politikwissenschaft komprimiert in die theoriegeleitete Analyse internationaler Institutionen einzuführen. Studierende sollen einen konzeptionellen und theoretischen „Handwerkskasten“ kennenlernen, mit dem sie die Entstehung internationaler Institutionen, ihre Funktionsweise, ihren Wandel sowie ihre Wirkung auf Akteure der internationalen Politik analysieren können. Wir legen Wert auf theoretischen Pluralismus und wollen Studierende für die Anwendung unterschiedlicher Theorienperspektiven und deren Stärken und Schwächen sensibilisieren. Gängige Untersuchungsperspektiven wie Effektivität, Legitimität oder Politisierung internationaler Institutionen werden in diesem Studienbrief nur dann auf Fallbeispiele internationaler Institutionen angewendet, wenn sie Teil der von den Autor*innen gewählten theoretischen Perspektive sind. Der Kurs vermittelt

- Definitionen, Typologien und Analysedimensionen internationaler Institutionen
- Einen Überblick über Theorienperspektiven zur Analyse internationaler Institutionen (Realismus, rationalistischer Institutionalismus, soziologischer Institutionalismus, historischer Institutionalismus)
- Einen Einblick in Entstehung, Funktionsweise und Wandel unterschiedlicher Typen von internationalen Institutionen anhand theoriegeleiteter Fallstudien aus den Politikfeldern Sicherheit, Wirtschaft, Handel, Finanzen, Umwelt und Wohlfahrt.

1.1. Definitionen und Typen internationaler Institutionen

Definiton Internationale Institutionen

Der Begriff der „Institution“ wird in den Internationalen Beziehungen vielfältig diskutiert, eine Konsensdefinition existiert nicht. Zudem hängt die genaue Definition des Institutionenbegriffs oftmals von der theoretischen Perspektive ab, die eingenommen wird (Martin/Simmons 2002, S. 328-329). In diesem Kurs verwenden wir einen bewusst breiten und theoretisch neutralen Institutionenbegriff. Angelehnt an Mearsheimer (1994-

95, S.8) und Duffield (2007, S. 7) verstehen wir unter einer internationalen Institution ein relativ stabiles formelles oder informelles Regelwerk, das vorgibt, in welcher Art und Weise Staaten und andere Akteure der internationalen Politik miteinander interagieren. Entsprechend dieser breiten Definition begreifen wir Institutionen als Oberbegriff für verschiedene Typen institutioneller Arrangements, die von informellen Erwartungshandlungen über ausgehandelte Regelsysteme bis hin zu formellen Mandaten internationaler Organisationen reichen. Im Kurs beziehen wir uns dabei speziell auf vier Typen institutioneller Arrangements: zwischenstaatliche Verhandlungen, Regime, Regimekomplexe und transnationales Regieren.

Zwischenstaatliche Verhandlungen sind ein institutionelles Arrangement zur kooperativen Lösung von Konflikten und Koordinationsproblemen in der internationalen Politik. Staaten mit teilweise unterschiedlichen Interessen und Zielen versuchen dabei in einem Prozess des Austausches von Argumenten, Meinungen und Vorschlägen zu einer Einigung zu kommen (Iklé 1964). Im Vergleich zu anderen Formen institutionalisierter Kooperation, die wir in diesem Kurs thematisieren, handelt es sich bei zwischenstaatlichen Verhandlungen um vergleichsweise gering formalisierte Arrangements: Sie sollen Kooperationslösungen bereitstellen, ohne die Staaten zu sehr in ihrer Handlungsfreiheit einzuschränken. Ein Beispiel dafür sind die sogenannten „G20“, die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Hierbei handelt es sich um einen informellen, aber dennoch institutionalisierten Austausch im Rahmen von jährlichen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs. Auch wenn die Gipfelerklärungen unverbindlich sind, bereiten diese oftmals weitreichende Maßnahmen vor und nehmen bedeutenden Einfluss auf die Ausrichtung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Larionova et al., 2015).

Zwischenstaatliche Verhandlungen

Internationale Regime sind Institutionen, die durch Verhaltensprinzipien, -normen und -regeln charakterisiert werden, welche Akteuren der internationalen Politik in wiederkehrenden Situationen bestimmte Verhaltensweisen vorgeben, was zu Konvergenz der Akteurserwartungen führen kann (Krasner 1982, S.186). Im Gegensatz zu zwischenstaatlichen Verhandlungen bieten sie daher einen etwas formelleren Rahmen zur internationalen Kooperation. Weil ihre Mitglieder nur eingeschränkt auf ihre Souveränitätsrechte verzichten, besitzen Regime verglichen mit internationalen Organisationen nur eine begrenzte eigenständige Handlungsfähigkeit als Akteure (Hasenclever et al. 1997: S.10-11) und beschränken sich vor allem auf Verhaltensvorgaben. Regime sind zudem politikfeldspezifisch, das heißt, sie beziehen sich auf immer auf ein bestimmtes Politikfeld wie den Schutz der Ozonschicht oder die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Ein weiteres Beispiel ist das Welthandelsregime.

Internationale Regime

Seit mehreren Jahrzehnten ist das internationale System durch einen sprunghaften Anstieg der Anzahl internationaler Regime und Organisationen gekennzeichnet. Die zunehmende institutionelle Dichte führt zu einem komplexen Umfeld für internationale Institutionen, die immer häufiger in ihren Regelungsansprüchen und ihren Mitgliedschaften überlappen, um Ressourcen konkurrieren und sich dadurch zunehmend gegenseitig in ihrer Entwicklung und ihren Effekten beeinflussen (Alter/Meunier 2009, Orsini et al. 2013). Der Begriff des Regimekomplexes beschreibt daher eine Reihe sich partiell überlappender Institutionen, die in einem nicht-hierarchischen Verhältnis zueinander stehen und die sich dauerhaft wechselseitig beeinflussen (Raustiala/Victor 2004: S. 279). Ein Beispiel ist der Regimekomplex, der die

Regimekomplexe

internationale Politik zum Klimawandel bestimmt (Keohane/Victor 2011): Das breit angelegte Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) ist die bisher sichtbarste internationale Institution zum Schutz des Klimas. Hinzu kommen Verträge wie das Kyoto-Protokoll oder das Übereinkommen von Paris, die eine Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen und die Begrenzung der menschengemachten globalen Erwärmung vorsehen. Eine immer wichtigere Rolle in der internationalen Klimapolitik spielen zudem auch private Akteure, insbesondere Nichtregierungsorganisationen, die beispielsweise Expertise bereitstellen können. In diesem komplexen Umfeld entstehen Wechselwirkungen zwischen den Institutionen innerhalb des Regimekomplexes.

Transnationales Regieren

Im Unterschied zu den bereits eingeführten institutionellen Arrangements bezeichnet der Begriff transnationales Regieren eine spezifische Form von Regungsstrukturen öffentlich-privater Kooperation. Der Fokus liegt hier auf Kooperationen, an denen private Akteure wie Unternehmen und oder zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen als direkte Adressaten der Regulierung oder als eigenständige Regulierer beteiligt sind (Conzelmann 2013: S. 55). Hierbei lassen sich verschiedene Arrangements unterscheiden (Börzel/Risse 2005): Im Falle der Koregulierung sind private Akteure an der Formulierung und Umsetzung internationaler Regeln und Normen beteiligt. Ein Beispiel ist der UN Global Compact, bei dem internationale Organisationen zusammen mit Staaten und einer Vielzahl von privaten Akteuren Standards nachhaltiger und verantwortungsvoller Unternehmensführung entwickeln. Im Falle der privaten Selbstregulierung entwickeln und implementieren private Akteure internationale Regeln und Normen dagegen relativ autonom. Ein Beispiel ist der Marine Stewardship Council (MSC), der von der Lebensmittelindustrie und Umweltverbänden ins Leben gerufen wurde und dessen Zertifizierung nachhaltiger Fischerei die Überfischung der Meere eindämmen soll.

1.2. Die Beiträge dieses Kurses

Theoriekapitel

Im nachfolgenden Kapitel 2 geben Mathies Kempken und Andrea Liese einen Überblick über relevante Theorieperspektiven zum Thema internationale Institutionen. Dabei präsentieren sie zum einen mit dem (Neo-)Realismus einen institutionskritischen Ansatz. Zum anderen stellen sie mit dem rationalistischen, dem soziologischen und dem historischen Institutionalismus drei speziell auf den Untersuchungsgegenstand zugeschnittene theoretische Ansätze vor, die sich besonders für die Analyse internationaler Institutionen eignen. Das Theoriekapitel führt in die Grundannahmen der genannten Perspektiven ein und diskutiert davon ausgehend, welches Verständnis von Institutionen dominiert, warum Institutionen entstehen, wie sie auf Akteure internationaler Politik wirken und unter welchen Bedingungen sich Institutionen aus den jeweiligen Theorieperspektiven wandeln.

Struktur der nachfolgenden Kapitel

Die folgenden vier Kapitel behandeln die eingangs vorgestellten Typen internationaler institutioneller Arrangements im Einzelnen – zwischenstaatliche Verhandlungen, Regime, Regimekomplexe sowie transnationales Regieren. Anhand von Beispielen aus unterschiedlichen Politikfeldern werden jeweils Fragen ihrer Entstehung, Struktur, Funktionsweise und ihres Wandels behandelt. Dabei demonstrieren die Autor*innen, wie der theoretische Handwerkskasten der Internationalen Beziehungen zur Analyse internationaler Institutionen genutzt werden kann. In jedem Kapitel greifen die Autor*innen auf mehrere

Theorieansätze zurück und wenden diese auf institutionsbezogene Fragestellungen an. Abschließend werden die Stärken und Schwächen der jeweiligen Theorieperspektiven diskutiert.

In Kapitel 3 stellt Hubert Zimmermann zwischenstaatliche Verhandlungen als institutionelles Arrangement zur Lösung von Konflikten und Koordinationsproblemen in der internationalen Politik vor. Aus der Perspektive der rationalistischen Verhandlungstheorie sowie liberal-institutionalistischer Ansätze untersucht er den Verhandlungsprozess im Libyen-Konflikt und die Verhandlungen über eine Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation. **| Kapitel 3** **|**

In Kapitel 4 untersuchen Andreas Hasenclever und Maike Messerschmidt Regime im Politikfeld Sicherheit. Mit Hilfe rational-institutionalistischer und kritisch-feministischer Theorieperspektiven werden die Ottawa-Konvention und der Waffenhandelsvertrag als Fallbeispiele für Regime der Rüstungskontrolle analysiert. **| Kapitel 4** **|**

Manuel Becker und Thomas Gehring widmen sich in Kapitel 5 Regimekomplexen. Ausgehend von einer hauptsächlich neoliberal-institutionalistischen Perspektive diskutieren sie Faktoren für die Entstehung von Regimekomplexen sowie deren Effekte und illustrieren diese jeweils mit empirischen Fallbeispielen aus unterschiedlichen Politikfeldern. **| Kapitel 5** **|**

Susanne Lütz und Anja Menzel schließen den Band in Kapitel 6 mit der Betrachtung transnationalen Regierens ab. Aus einer rationalistisch-institutionalistischen Perspektive analysieren sie öffentlich-private Kooperationen in den Politikfeldern Finanzen, Wohlfahrt und Umwelt und konzentrieren sich hierbei auf Arrangements der Koregulierung und der privaten Selbstregulierung. **| Kapitel 6** **|**